

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen können nur durch den Verleger des Anzeigers erfolgen. - Schriftlich vorzubereiten. - Preis pro Anzeiger 25 Pf.

Postamt für die Anzeiger des Erzgebirges
Postamt für die Anzeiger des Erzgebirges
Postamt für die Anzeiger des Erzgebirges
Postamt für die Anzeiger des Erzgebirges

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 101. Aue, Leipzig Nr. 1949

Nr. 149

Mittwoch, den 18. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Botschaft des Präsidenten Frankreichs.

Die Botschaft des Präsidenten der Republik hat folgenden Wortlaut: Ich werde die Verfassung, deren Hüter ich sein muß, respektieren und stets innerhalb der Rolle bleiben, die sie mir zuschreibt. Unser Land hat vor einigen Wochen einen sichtbaren und entscheidenden Beweis seiner tiefen Anhänglichkeit an freie demokratische Einrichtungen gegeben, nachdem sie dazu beigetragen haben, sich von den Folgen eines unheilvollen Angriffes wieder zu erheben, ihm gestattet haben, einen neuen Angriff siegreich zu bestehen und treue Provinzen wieder zu erobern, die es verloren hatte. Das Land hat seine volle Pflicht in Ruhe erfüllt und damit seinen Erwähltesten eine kostbare Lehre gegeben. Nur in Ruhe und Ordnung kann Frankreich die Ruinen, die der Krieg zurückgelassen hat, beseitigen. In diesem Augenblick treten zahlreiche Probleme an unser Vaterland und unser Parlament heran. Sie können leicht gelöst werden, wenn man überall in der Welt eine reine Friedensatmosphäre atmet. Wenn das noch nicht zutrifft, so hat Frankreich keine Schuld daran. Unser Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es will nur die Reparationszahlungen, die ihm feierlich versprochen worden sind und keine illusorischen Sicherheitsgarantien erlangen. Durch den Sachverständigenbericht, dem wir zum Beweise unseres Entgegenkommens bereitwillig zustimmen, scheint die Reparationsfrage einer baldigen Lösung entgegengeführt werden zu können. Es ist aber erforderlich, daß der Schuldner ebenso wie der Gläubiger Beweise des guten Willens gibt und daß diese Beweise durch Taten und nicht durch einfache Versprechungen gegeben werden. Aber das Entgegenkommen Frankreichs, das aufrichtig und unausweichlich ist, kann nicht so weit gehen, daß seine Wachsamkeit eingeschläfert wird dadurch, daß man die Opfer der Vergangenheit vergißt. Sein Entgegenkommen kann auch nicht einen Verzicht auf die eigene Stärke bedeuten, ebensowenig wie den Verzicht auf die Kontrolle, die die Verträge gegenüber einem Besiegten zuerkennt, der die Revision vorbereitet will. Hat die von ihm übernommenen Verpflichtungen zu halten. Das Parlament denkt wie das Land. Es will den äußeren Frieden nicht weniger als den inneren Frieden; es wird ihn — davon bin ich überzeugt — weiter auf solider Grundlage, deren sicherste die Gerechtigkeit ist, aufbauen.

Die Regierungserklärung Herriots.

Die Regierungserklärung die gestern nachmittags in der französischen Kammer vom Ministerpräsidenten Herriot und im Senat von Justizminister Renault im Anschluß an die Botschaft des Präsidenten verlesen wurde, besagt: Im Innern wie nach außen hat die Regierung nur ein Ziel, Frankreich in der Arbeit und durch den Fortschritt den Frieden zu geben, den es so sehr verdient, zunächst den moralischen Frieden. Wir sind zwar entschlossen, keine Botschaft beim Vatikan aufrecht zu erhalten und das Gesetz über die geistlichen Orden durchzuführen, aber das alles in feiner Weise aus dem Gedanken der Verfolgung und Intoleranz heraus. Wir wollen nur die Souveränität der republikanischen Gesetzgebung und die nötige Scheidung zwischen dem Gebiet des Glaubens und dem der öffentlichen Arbeit sichern. Die Erklärung kündigt an, daß die Regierung noch heute einen großen Amnestie-Entwurf einbringen wird, der nur Verurteilte und Fahnenflüchtige ausschließt und die Wiedereinstellung der beim Streik von 1920 entlassenen Eisenbahnarbeiter betreffen werde. Das Ermächtigungsgesetz soll unverzüglich aufgehoben werden. Die Erklärung geht dann auf innerpolitische Gebiete über und verspricht die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Die Regierung wünsche die baldige Ratifizierung der Washingtoner und der Genfer Arbeitskonvention. Sie werde den Frauen, Kinder- und Mutterschutz ausdehnen müssen. Die industrielle Produktion soll mit allen Mitteln entwickelt werden. Das gelte für Landwirtschaft, Industrie und Ausfuhr gleichzeitig. Die Staatsindustrien seien zu modernisieren, aber nicht zu befähigen. Der Wert des französischen Kolonialreiches soll voll erschlossen werden. Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und die Bauern, hätten ein Recht auf Schutz im Alter und in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Aber dies sei nicht möglich ohne eine Entwicklung des Unterrechts, der von dem Einfluß des elterlichen Besitzes freigemacht werden müsse. Das ganze Programm der Regierung lasse sich ohne eine strenge Finanzgebarung nicht verwirklichen. Die Regierung werde ein wachsender Hüter des französischen Kredites sein. Sie werde für das Gleichgewicht im Budget eintreten. Die Einkommensteuer soll durch strenge Kontrolle zur Grundlage einer wahrhaft demokratischen Finanzgebarung gemacht werden. Beim nächsten Budget werde die Abhebung durch eine Neuordnung der direkten Steuern den Ausmaß der durch die Verbrauchssteuern geschaf-

tenen Lage anstreben. Sie werde sich bemühen, die schwebende Schuld im geeigneten Zeitpunkt durch Auflegung einer konsolidierten Anleihe zu verringern. Dann geht die Erklärung auf die Außenpolitik und die Sicherheiten Frankreichs ein. Auf militärischem Gebiete sei eine Reorganisation beabsichtigt, die eine Herabsetzung der aktiven Dienstzeit mit sich bringe, aber so durchgeführt werden müsse, daß Frankreich dadurch keinen Augenblick geschwächt werde. Herriot weist ausdrücklich jeden Gedanken an Annexion und Eroberung zurück. Frankreich wolle Sicherheit und Frieden für sich und die Anderen und wünsche eine unabweisliche Sprache zu führen. Die Regierung werde mit Festigkeit die im Friedensvertrag niedergelegten Rechte Frankreichs verteidigen, das Anspruchs auf Reparationen habe und diese im Rahmen der Gerechtigkeit verlange. Sobald Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Sicherung sein Verhalten mit dem Friedensvertrage in Einklang gebracht habe, werde es ihm völlig freistehen, in den Völkerbund einzutreten. Die Regierung sei gegen die Politik der Isolierung in der Gestalt, die zu territorialer Befestigung und zu Pfandnahme führe. Angesichts der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich sondern alle Völker gegen eine neue Offenbar des nationalitätlichen Willens zu schützen, halte die Regierung es nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Pfänder, wie sie von den Sachverständigen vorgesehen sind, deren Bericht Frankreich ohne Hintergedanken annehme, mit wirksamen Garantien für die Durchführung konstituiert und den zu ihrer Verwaltung bestimmten internationalen Organisationen übergeben seien. Die Regierung halte ferner eine gemeinsame Überwachung der Entwaffnung Deutschlands durch die Alliierten und sobald wie möglich durch die Kontrolle des Völkerbundes für nötig. Das Sicherungsproblem solle durch Garantiepakte gewährleistet werden, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden sollen. Herriot fuhr fort, Frankreich werde mit allen Mitteln für einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden arbeiten, und seine Regierung werde nach besten Kräften bei allen Völkern den demokratischen Geist ermutigen, auf den sie sich selbst berufe. Der Völkerbund und alle internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des schiedsgerichtlichen Ausgleiches sollen befestigt werden. Die Regierung, die eine Politik der Verstärkung der Bande zwischen Frankreich, seinen Alliierten und seinen Freunden anstrebe. Mit ihrer Hilfe sollen jene Garantien der Sicherung gewährleistet werden, welche die Sachverständigenberichte vorsehen. Frankreich werde aber gegen jenes Deutschland, das den Revanchegedanken und den Geist der monarchischen Reaktion nähre, keine Schwäche kennen. Es wünsche, daß die deutsche Demokratie sich kräftige, und es sei schon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit. In diesem Zusammenhang gibt Herriot die bereits gemeldete Erklärung über die Begnadigungsmassnahmen zugunsten eines Teiles der Gefangenen und Ausgewiesenen. Herriot kam schließlich auf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland zu sprechen. Er teilte mit, daß Frankreich schon heute die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland vorbereite. Sie soll unter den Bedingungen erfolgen, welche der Respekt vor den Verträgen gebiete. Zuvor müßten aber zur Verhütung der französischen Interessen gewisse Vorsichtsmaßnahmen getroffen und Informationen gesammelt werden, mit deren Einziehung bereits begonnen worden sei.

Frankreichs Propaganda-Amnestie

Der „Strafrelax“ für die besetzten Gebiete.
Die Regierungserklärung, die im Parlament verlesen wurde, kündigt für die besetzten Gebiete einen Strafrelax an. Der betreffende Teil hat folgenden Wortlaut:
Der Strafausschub, der von den Besatzungsbehörden gewählt worden ist, wird in eine endgültige Begnadigungsmassnahme umgewandelt werden. Auch auf die politischen Verurteilten, ausgenommen die wegen Anschlüssen, welche gegen die Sicherheit unserer Truppen verübt worden sind, wird diese Amnestie angewandt werden. Für die kleinen Beamten und Angestellten, die nur auf Anweisung gehandelt haben, werden die Ausweisungsbefehle zurückgenommen werden. Gewisse schwere Fälle werden besonders geprüft werden.
Diese Beschlüsse beweisen, daß, wenn die deutsche Regierung ihrerseits die für die lokale Durchführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung einem Deutschland, das mit Entschlossenheit einen Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

Die Gesetze zur Durchführung des Gutachtens.

Verstärkung der Einkommensbesteuerung.
Bei der Beratung des Reichstages bis zum 24. Juni war man von der Annahme ausgegangen, daß bis zu diesem Zeitpunkte die zur Durchführung der Sachverständigenberichte notwendigen Gesetze verabschiedungsreif dem Parlament vorgelegt werden könnten. Der Gang der Verhandlungen in den letzten Wochen hat es aber fraglich gemacht, ob die Entwürfe bis zum Anfang der letzten Juniwoche fertiggestellt werden können. Es handelt sich um das neue Reichsbankgesetz mit einem Entwurf über die Liquidation der Rentenbank, um das Gesetz über die Umformung der Reichsbahn, um das Gesetz über die Goldbelastung der Industrie und um eine Reihe von Steuererlassen.
Die Vorlage über das Reichsbankgesetz
aucht nach der „Frankf. Bzg.“ davon aus, daß die neue Goldnotenbank aus der gegenwärtigen Reichsbank heraus gebildet werden soll. Die in dem Sachverständigenbericht zugelassene Alternative einer neuen Goldnotenbank neben der bisherigen Reichsbank wird also nicht aufgegeben. Das Organisationskomitee für die Vorbereitung der Banknovelle besteht aus dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem englischen Bankfachmann Sir Robert Kunderley, der auch dem Daveskomitee angehört hat. In der letzten Woche ist zwischen Herrn Dr. Schacht und einem englischen Vertreter über den Entwurf bereits des längeren verhandelt worden, und in der nächsten Woche wird Sir Robert Kunderley selbst nach Berlin kommen, um die Verhandlungen zu einem Ende zu bringen. Ueber das Eisenbahngesetz
ist bis in diese Woche hinein in Paris in dem Organisationskomitee beraten worden, dem von deutscher Seite Staatssekretär Boet und Staatssekretär a. D. Bergmann angehören. Die Verhandlungen haben dem Vernehmen nach zur Aufstellung eines ersten Vorentwurfs geführt, über den die Beratungen in der nächsten Woche in Berlin fortgesetzt werden. Die ausländischen Mitglieder des Organisationskomitees für die Reichsbahn werden zu diesem Zwecke hierher kommen. Am wenigsten fortgeschritten scheint noch der Entwurf über die Goldbelastung der Industrie zu sein, obwohl auch hierüber das Organisationskomitee in der letzten und in dieser Woche in Paris bereits ausführlich verhandelt hat. Die deutschen Vertreter in dem Komitee, Staatssekretär Trendelenburg und Geheimrat Böhler vom Reichsverband der deutschen Industrie, sind inzwischen nach Berlin zurückgekehrt und haben dem Reichskabinett Bericht erstattet. In der nächsten Woche werden die Beratungen in Paris wieder aufgenommen werden.
Das Reichsfinanzministerium ist an den Vorbereitungen der Verwirklichung des Gutachtens durch die Ausarbeitung einiger Steuernovellen beteiligt. Es kommen in erster Linie Novellen zur Tabaksteuer, zur Biersteuer, zur Kraftfahrzeugsteuer und zur Erbschaftsteuer in Betracht, wobei es sich im allgemeinen nur um die Erhöhung der geltenden Steuerhöhen handelt. Bei der Tabaksteuer will man, wie schon früher betont wurde, von der Einführung eines Monopols absehen und die Erhöhung der staatlichen Bezüge aus dem Tabakmonopol auf anderem Wege erzielen. Die Verhandlungen, die hierüber mit den Interessenten aus der Tabakindustrie geführt werden, sind noch nicht so weit gediehen, daß ein entsprechender Gesetzesentwurf hätte ausgearbeitet werden können. Ueber den genannten Novellen wird im Finanzministerium auch die endgültige Regelung der Einkommenssteuer für das Jahr 1924 vorbereitet; man kommt damit einer Mahnung nach, die die Experten in ihrem Bericht recht deutlich ausgesprochen haben. Man wird im Tarif an der zehndozentigen Lohnsteuer festhalten, im übrigen aber eine Verstärkung der Einkommensbesteuerung bei den anderen Einkommensarten vornehmen müssen. Ob die Steuerhöhen selbst zu ändern sein werden, ist fraglich. Die Reform wird sich vor allem auf die Methoden der Einkommensfeststellung und Deklaration beziehen müssen.
Berlin, 18. Juni. Die Reichsregierung beabsichtigt, die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze möglichst in ihrer Gesamtheit dem Reichstag vorzulegen. Es handelt sich dabei um das Gesetz über die Umformung der Reichsbahnverwaltung, das Gesetz über die Gründung einer neuen Goldnotenbank und das Gesetz, das die Besa-

us Wischen nach Unter- Auf seine über hat die Wart aus- albenow g- en aus Ver- stände nach Neunhausen Reuten ein em Rauche zu: „Mede- Bagen zum trich um so- Zeitsche an- nen Hinweg- Verlehangen e kurze Zeit schaft wurde e in ganz rere Wens- und Tor- Tote und te Dangel- des wieder- em Westen eldmann. d. S. Aue. ! Ben ten reis. Aue. nziert e. Ball. Saale statt. Aue. die chau“ ung ophie. Gute Hacker. haus berg lugsort. ummi und Nach- der beste Reihung- anen Blau- in Berlin 1 tel 2.85 3.85 4.50 Aue. 1.25 der hinen inf. gratis. Scheim 96. Flasche ttern geria ar.